



DIE GRÜNEN IN HILCHENBACH

c/o Dr. Peter Neuhaus
Kirchweg 6
57271 Hilchenbach
jup.neuhaus@gmx.de
Tel.: 02733/813887
Fax: 02733/813889

www.gruene-hilchenbach.de

Herrn Bürgermeister
Hans-Peter Hasenstab
Markt 13

57271 Hilchenbach

Hilchenbach, 20.5.2013

Resolutionsantrag zur Ratssitzung am 12.06.2013 – Wasser ist Menschenrecht Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand

Sehr geehrter Herr Hasenstab,

im Zusammenhang mit der von der EU geplanten Privatisierung der Wasserversorgung und der damit verbundenen Öffnung des Wassermarktes befürchten wir neben einer Steigerung des Abgabepreises für Wasser auch die Verletzung des Menschenrechtes auf sauberes Trinkwasser in der europäischen Union. Die Wasserversorgung unserer Stadt ist vorbildlich in kommunaler Hand organisiert und so soll es auch bleiben.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Grün-offene Liste eine Resolution mit folgendem Textvorschlag zu verabschieden:

„Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen. Eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentlicher Hand ist das auch dauerhaft möglich.“

Die Stadt Hilchenbach spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft darf nicht unter den Zuständigkeitsbereich der Binnenmarktregelung fallen.

Wir fordern die Europäische Union stattdessen auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft geht vor Marktinteressen.

Wir fordern die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den

Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.“

Auf der Webseite der europäischen Bürgerinitiative <http://www.right2water.eu/de> findet man zusätzliche Informationen und die Möglichkeit noch bis Oktober 2013 eine Online-Petition zu unterschreiben.

gez. Bärbel Dörr (Grün-offene Liste)